

# Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 8.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühren betragen für die achtgehaltene Zeile oder deren Raum 250 Btg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Btg. Restamen 1000 Btg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 283.

Donnabend, den 3. Dezember 1921.

28. Jahrgang.

## Unser Elend.

Dr. L. Pühlich, 3. Dezember.

Die Reparationskommission läßt der deutschen Regierung eine lange Mitteilung zugehen, worin sie an ihre mündlichen Erklärungen anlässlich ihres Berliner Aufenthalts erinnert. Sie macht die deutsche Regierung darin nochmals auf die verhängnisvollen Folgen aufmerksam, die für Deutschland entstehen könnten, wenn die deutsche Regierung nicht unverzüglich alle nötigen Maßnahmen treffe, um den am 15. Januar und ebenfalls den am 15. Februar fälligen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Die Reparationskommission spricht weiter die Ansicht aus, daß der ungeheure Marksturz der letzten Wochen nicht die Folge wirtschaftlicher Umstände gewesen sei, sondern eine Währungsoperation einflussreicher Finanzkreise. Im Gegenteil sei die deutsche Wirtschaftslage so günstig, daß Deutschland sehr wohl die Möglichkeit habe, seine Verpflichtungen zu erfüllen, wenn es endlich daran gehe, diejenigen Wirtschaftskreise, die große Vermögensteile im Ausland haben oder die an der jetzigen Hofkonjunkturen ungeheuer verdienen, zu den Lasten des Reiches nach Gebühr heranzuziehen.

Dieses Telegramm lief kurz vor Redaktionsschluss ein. Der darin gemeldete Schritt der Reparationskommission hat offenbar den Zweck, Deutschland darauf hinzuweisen, daß es auf die zurzeit schwebenden Verhandlungen über Zahlungsausschub keinen allzu großen Wert legen soll; daß die Zahlungen bis auf weiteres in alter Höhe und Form zu leisten sind.

Was wird zunächst die Folge sein? Die Devisenkurse werden wieder in die Höhe klettern; die Effekten werden aufs neue in sinnlosem Spekulationstaumel nach oben getrieben werden. Die Erholung der Mark war dann weiter nichts als eine vorübergehende Episode. Zu nichts gut, denn als Raffmittel für einige Eingeweichte auf Kosten anderer, weniger gut Unterthener. Die Sache aber wird, wie immer, das ganze Volk bezahlen.

Man betrachte unsere Lage; die wirtschaftliche und die politische. Die Reparationskommission weist ja auf die schwachen Stellen in den deutschen Regierungsmaßnahmen hin. Sie sagt damit nichts Neues. Seit Jahr und Tag weisen die deutschen Arbeiter auf denselben Punkt hin; immer wieder wurde von den parlamentarischen Vertretern der arbeitenden Bevölkerung auf die Regierung ein Druck ausgeübt, daß sie endlich mit festem Griff an die wirklichen und großen Vermögen herangehe.

Und was ist geschehen? Wer mit klaren Augen die Stimmung des Volkes anzusehen gewohnt ist, der weiß, daß es weniger die Tatsache der Teuerung und der Not selbst ist, die die Massen erregt und aufreizt, als das dumpfe Gefühl, daß in immer wieder nichts geschieht, daß niemand den Mut aufbringt, zu einem entscheidenden Entschluß zu kommen, daß jeder Tag ein neues Zurückweichen der maßgebenden Stellen vor der Macht und dem Willen der Herren vom Kapital bringt.

Die Gefahr ist riesengroß, daß eines Tages die ewigen Beschwichigungen und Tröstungen auf die hungernden Massen keinen Eindruck mehr machen. Allzu sehr darf keine Regierung auf die Lammesgebild des Volkes bauen. Diese Gebild ist fest schon nichts mehr als ein In-sich-Hineinpressen des ganzen Jornes und der ganzen Empörung, ein Ersticken der Wut, die in leidender Seele. Es ist wie im Kriege, an der Oberfläche ist alles ruhig, in der Tiefe aber da wächst das Unheil und eines Tages kann es fürchterlich ausbrechen. Wer es mit feinem Lande, mit seinem Volke gut meint, der habe vor. Der sorge dafür, daß der entsetzliche Anblick, der täglich der Masse des Volkes vor Augen steht, verschwindet! Jede Woche, jeden Monat führen die Lohn- und Gehaltsempfänger ihre armseligen Blutgroschen bis zur äußersten Grenze an den Staat ab; die Großen und Reichen aber legen ihr Geld in Luxus und Verschwendung an. Und der Staat ist immer noch zu feige, hier mit gleicher Kraft vorzugehen; er ist beinahe verbrecherisch langmütig, wo es gilt, die wirklichen Geldsäcke zu erleichtern.

An anderer Stelle des Blattes wird heute ein Bericht veröffentlicht über die Beratungen des Steueraususses über ein Vermögenssteuergesetz. Die bürgerlichen Parteien haben wieder allerlei Winkelzüge unternommen, um diesem Gesetz die Spitze abzubrechen, um dem Besitz wieder Steuerhinterziehungen aller Art zu ermöglichen. Und die Regierungsvertreter wichen Schritt vor Schritt zurück; der Rechtsblock hatte deshalb leichtes Spiel. Die Regierungsvorlage hatte eine Vermögensbewertung nach dem gemeinen Wert verlangt; der Rechtsblock aber setzte eine Bewertung nach dem Ertragswert durch, obwohl ein solcher Wert z. B. in der Landwirtschaft kaum feststellbar ist.

Und da stets im entscheidenden Moment alle bürgerlichen Parteien zum Schutze ihres Besitzes sich zusammenschließen, so haben die Regierungsgeheimräte leichtes Spiel; mit einem nassen und einem heiteren Auge fallen sie um.

Von allen Seiten wird dem Reichskanzler Wirth zugerufen: Werde hart! Du hast heute noch das Vertrauen der Arbeiter; morgen kannst du es durch das Wirken deiner Geheimräte schon verloren haben. Und dann sind die politischen Krisen und Erschütterungen nicht mehr abzusehen. Die Zeit drängt. Das Volk verlangt Taten; und es sehnt sich nach einer starken Regierung.

Statt dessen ewiges Schwanken und Zurückweichen. Die Teuerung wächst von Tag zu Tag; die Gewinne des Kapitals schnellen ins Unermessliche; die Steuern aber bezahlt der arme Teufel. Mächtiger als je fühlen sich die Herren hinter und um Stinnes. Kreditaktion, Eisenbahnfrage, Besteuerung der Sachwerte sind rei große Beweise für die grenzenlose Frechheit der Industriekapitäne.

Die politische Entwicklung spürt sich immer mehr und mehr zu. Die Arbeiterkassette hat leider im Reichstag nicht die Macht, ihren Willen ganz durchzudrücken; umso weniger, als immer noch einzelne ihrer Teile es für wichtiger halten, Mostau zuliebe die eigenen Klassengenossen zu bekämpfen, als sich in die große sozialdemokratische Einheitsfront zu stellen, kampfbereit gegen das Großkapital im Verein mit den Gewerkschaften. Wird man in diesen Teilen auch erst durch Schäden klug werden? Die schönsten aus Mostau frisch eingeführten Reden nützen dem Volke ebensowenig als ein frommer Bibelspruch; jahe und entschlossene Arbeit auf allen Positionen gibt die einzige Möglichkeit des Aufstiegs. Die übergroße Masse der Arbeiter hat das endgültig erkannt, allerdings wird sie von unklaren Maulhelden tagtäglich darob beschmußt und beschimpft.

Aber der Einheitswille der Arbeiter steht fest. Weder von rechts noch von links ist er zu erschüttern.

## Frankreichs Moratoriumsbedingungen.

Paris, 3. Dezember.

Der „Temps“ bringt verkuhweise eine Aufstellung der französischen Bedingungen für einen entl. Zahlungsausschub. Dieser soll nur auf Verzögerungen Anwendung finden. Als Sicherheiten kämen in Betracht: Kontrolle und Reduzierung des Notenumlaufes der Reichsbank durch einen alliierten und neutralen Aufsichtsrat; Festsetzung des Maximums des jährlichen Budgets und des Steuermimums. Gleichzeitig müsse Deutschland keine Anleihe bewilligt werden.

## Einigung in der Flottenabrüstung.

Paris, 3. Dezember.

Viviani hat aus Washington die französische Regierung davon benachrichtigt, daß zwischen England, Japan und den Vereinigten Staaten eine Einigung über die Flottenstärke und anderer militärischer Fragen vor dem Abschluß steht. Viviani glaubt beständigen zu können, daß Frankreichs Interessen dabei vernachlässigt sind.

## Rathenaus Besprechungen in London.

London, 3. Dezember.

Rathenau hat gestern eine neue Unterredung mit Robert Horne gehabt, später auch mit den Londoner Bankiers. Übermals sind gewisse Vorschläge der Finanzkommission dem Kabinett vorgelegt worden. Daily Chronicle sagt, daß die Vorschläge dreiteilig seien. Die Times erklärt: in einflussreichen Kreisen ist man noch immer der Meinung, daß die Januarrate von geringerer Bedeutung sei als die Gesundung der deutschen Finanzen im allgemeinen.

## Neue Vorschläge für Irland.

London, 3. Dezember.

Die Konferenz der Regierungsvertreter und der Sineiner-Delegation brachte die heiderseitigen Kompromisse in einem Vorschlagsentwurf zusammen, der sofort nach Dublin abging. Die Vorschläge sehen u. a. die sofortige Dominialstellung von Südirland mit einer zweiten Kammer vor. Uffter soll die Wahl haben, zu einer späteren Zeit in diese zweite Kammer aufgenommen zu werden, die auf diese Weise ein frisches Gesamtparlament werden würde. Man erwartet, die Sineinführer werden heute zusammenkommen, um die neuen Pläne zu beraten.

## Japanisch-chinesische Besprechungen über die Schantungfrage.

London, 3. Dezember.

Aus Washington wird gemeldet, daß die erste direkte Besprechung zwischen den chinesischen und japanischen Delegierten über die Schantungfrage gestern stattgefunden hat. Hughes und Kaitani wohnten dem Beginn der Sitzung bei, zogen sich jedoch bald wieder zurück. Sie wünschten den Delegierten einen guten Erfolg für ihre Verhandlungen.

## Demokratie und Republik.

Von Dr. Paul Nathan.

Die Demokraten in Bayern haben einen Beschluß gefaßt, der als Symptom ernste Beachtung verdient. Dieser Beschluß geht dahin, „daß die Landespartei von Bayern entschlossen auf dem Boden der freistaatlichen Verfassung des Reiches und Bayerns stehe, ohne hierbei ihre einzelnen Mitglieder an das Bekenntnis der republikanischen Staatsform zu binden.“ Diese Feststellung ist politisch wichtig. Man kann behaupten, sehr wichtig, und sie ist logisch eine Monstrosität, eine Ungeheuerlichkeit, die jeglicher Logik entbehrt.

Es will mir scheinen, daß ein Landesvorstand das Ergebnis einer Wahl ist, die die einzelnen Mitglieder einer bestimmten Partei vornehmen, um sich eine Leitung zu geben; und nun lassen die Demokraten in Bayern einen Beschluß, demzufolge die wählenden Parteimitglieder sich zur „republikanischen Staatsverfassung“ nicht zu bekennen brauchen. Die gewählten Führer hingegen stehen, und noch dazu „entschlossen“ auf dem Boden der freistaatlichen Verfassung des Reiches und Bayerns. Die Wähler können also Monarchisten sein, und die von diesen Wählern Ernannten erklären, daß sie rückhaltlos zur Republik sich bekennen werden.

Als im Jahre 1848 in Baden einzelne erleuchtete Köpfe die Republik mit dem Großherzog an der Spitze verlangten, machte man sich unsterblich lächerlich, und diese Lächerlichkeit wurde nur durch einen Umstand gemildert: die deutsche Bevölkerung des Jahres 1848 steckte politisch im Kinderrücken, vielleicht im Stiefel; aber daß von 1848 bis zum Jahre 1921, also in rund dreiviertel Jahrhunderten die politische Entwicklung in Deutschland nur bis zur Proklamation der heutigen bayerischen Ungeheuerlichkeit gediehen ist, darf als ganz besonders bedauerlich und bedenklich bezeichnet werden. Dieser bayerische Vorgang, den man von der heiteren Seite betrachten könnte, wenn man ihn auf seine politische Logik hin untersucht, er ist zugleich ein sehr ernstes Symptom für die innere Zerfahrenheit, der leider die Demokratische Partei in Deutschland ausgelegt zu sein scheint.

Man muß sich die Wirkungen des bayerischen Vorgehens vergegenwärtigen.

Theoretiker mögen darüber streiten, unter welchen Umständen die Demokratie sich mit der monarchischen Staatsform verknüpfen läßt, und unter welchen anderen Umständen eine solche Verknüpfung zu den Unmöglichkeiten gehört. Für Deutschland, in unseren Tagen, läßt sich jedenfalls mit absoluter Klarheit beweisen, daß die Demokratie mit der monarchischen Staatsform sich zusammenbringen läßt, nur wie — Feuer und Wasser. Die eine Staatsform schließt die andere unbedingt aus; beide können heute in Deutschland nicht miteinander und nicht nebeneinander existieren.

Ich möchte annehmen, daß die überwiegende Masse der deutschen Bevölkerung, nach den Erfahrungen, die sie mit den deutschen Monarchien und dem deutschen Kaiserreich gemacht hat, heute demokratisch und zugleich republikanisch gesinnt ist. Aber ganz gleichgültig, ob diese Anschauung die überwiegende Mehrheit aller Deutschen erfüllt; so ist es doch ganz unzweifelhaft, daß eine große, eine starke und eine entschlossene Minorität auf solchem Standpunkt unbedingt steht; und diese Minorität wird sich weder die Republik noch die Demokratie rauben lassen, ohne daß bei solchem Versuch die allerstärksten Kämpfe, und zwar gewiß nicht nur parlamentarische Kämpfe, entstehen würden. Damit steht eins außer Zweifel: Eine politische Richtung, die die Monarchie in Teilen von Deutschland oder in ganz Deutschland wieder einführen will, ist gezwungen, sich in erster Reihe auf die reaktionären Elemente in Deutschland zu stützen, auf jene Elemente, die auch heute schon offen an der Wiederaufrichtung der Monarchien in Deutschland arbeiten. Diese Elemente werden notwendigerweise die Kerngruppen monarchischer Wiederaufhebungsbestrebungen sein. Jene schwankenden Wählermassen hingegen, deren Anschauungen haltlos zwischen einer Vorliebe für die Republik heute, und einer Vorliebe für die Monarchie morgen hin und her pendeln, werden niemals in ihrer Unentschlossenheit die Entscheidung bringen. Liegt somit die Entscheidung bei zukünftigen Kämpfen um die deutsche Staatsform unter allen Umständen bei jenen Kreisen, die monarchisch gesinnt und gleichzeitig politisch eine ausgesprochen reaktionäre Richtung verkörpern, dann ist damit auch der Charakter jeder zukünftigen deutschen Monarchie festgelegt. Diese Monarchie wird nicht sein, oder wenn sie ins Leben tritt, wird sie unerbittlicher Weise einen reaktionären Charakter aufweisen; denn die Reaktion, die das einzige Fundament der deutschen Monarchie sein kann, verlangt von der Monarchie naturgemäß reaktionäre Zugeständnisse, und die Monarchie kann sich nur halten, wenn sie diesen, ihren einzigen zuverlässigen Stützen solche Zugeständnisse macht.

Also eins ist klar, und eins ist durch die Logik politischer Entwicklung ganz unbedingt vorgeschrieben: die Rückkehr

zur Monarchie in Deutschland bedeutet unabänderlich zugleich die Rückkehr zur Reaktion in Deutschland.

Und obgleich dies so ist, und obgleich jeder klar bildende Politiker solche Folgen voraussehen muß, erachten es die führenden bürgerlichen Demokraten für zulässig, daß es in das Belieben jedes einzelnen ihrer Anhänger gestellt werden kann, ob sie sich zu einer Staatsverfassung bekennen wollen, die aus innerer Notwendigkeit gezwungen ist, auf ihr Programm die Vernichtung der Demokratie in Deutschland zu setzen, oder ob andere glücklicherweise wollen, sich zur republikanischen Staatsform zu bekennen. Man hegt die Hoffnung, in einer Partei zusammenzubinden zu können jene, die die heutige deutsche Republik zu verteidigen bereit sind, mit jenen, die durch reaktionären Umsturz an die Stelle der Republik die Monarchie setzen möchten. Daß der reaktionäre Teufel im wilden Wehwasser zu baden beliebt, hat man noch nicht gehört. In Bayern glaubt man an solches Wunder bei den Demokraten.

Wenn derartige politische Angelegenheiten sich in Bayern vollziehen, so bleibt die Wirkung solcher Entwicklungen ganz gewiß nicht auf Bayern beschränkt. Was jene getan haben, können natürlich gleichgerichtete, sogenannte „demokratische“ Elemente irgendwo in Deutschland gleichfalls als ihr unantastbares Recht für sich in Anspruch nehmen. Die bayerische Entwicklung ist also innerhalb der deutschen Demokratie eine Krankheitsercheinung, die auch an anderer Stelle zum Ausbruch kommen kann, und die daher ein sehr ernstes Symptom für die gesamte deutsche Demokratie darstellt.

Ginden die bayerischen Demokraten Nachahmung, dann wird die Deutsche Demokratische Partei in folgenswerter Weise der politischen Auflösung verfallen. Dann wandelt sie den Weg, den die Liberalen der „Neuen Ära“ gewandelt sind. Sie sind dann Hilfstruppe und Wegbereiter der Reaktion in Deutschland — gewiß nicht mit Bewußtsein —, aber tatsächlich und in der Politik kommt es nicht darauf an, welche Absichten gedanklich eine Partei verfolgt, sondern darauf, welche Folgen die Taten einer Partei oder das Gewährentlassen einer Partei unabänderlich im Gefolge haben. Für diese Folgen ist eine Partei, und vor allem ihre Führer vor der Geschichte verantwortlich.

Will die Demokratische Partei ihrer inneren Zerfurchung entgegenarbeiten, und will sie eine brauchbare Stütze für Republik und Demokratie bleiben, dann muß sie zu dem bayerischen Vorgehen eine klare Stellung nehmen, dann muß sie die einschläfernde Illusion rückstandslos zerstören, als seien in dem Deutschland unserer Tage nicht Republik und Demokratie untrennbar miteinander verbunden, so untrennbar und unlöslich wie Fundament und Oberbau des heutigen Reichshauses.

## Die Teuerungsbewegung in Wien.

Wien, 1. Dezember.

Im Klublokal der sozialdemokratischen Partei versammelten sich heute unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Bauer die Vertreter der Arbeiterkassen der Arbeiterkassen der Floridsdorf, aller Wiener Bezirke, sowie der Arbeiterkassen des Lagerhauses der Stadt Wien. Der Sitzung wohnte auch Bundeskanzler Schuber, ebenso der Finanzminister Dr. Glöckler bei. Die Floridsdorfer Arbeiterkassen veranlaßte von der Regierung die Erfüllung der bereits mitgeteilten Forderungen. In der Debatte ergriff Bundeskanzler Schuber das Wort und erklärte, daß die Regierung mit allem Ernste den sozialdemokratischen Antrag erwogen habe. Er kündigte unter anderem an, daß gegenüber der Preissteigerung und Mangelerscheinungen soziale Maßnahmen getroffen werden. Der Bundesminister Glöckler wies auf eine Reihe von ihm getroffenen Maßnahmen hin, die sich zum Teil mit den im sozialdemokratischen Finanzplan aufgestellten Forderungen decken. Er erörterte sodann im einzelnen die von der Arbeiterkassen gestellten Forderungen. Namentlich betreffend die Aufhebung der Devisen- und Zinsbeschränkungen erklärte er, er werde eine strenge finanzielle Kontrolle des Devisen- und Kapitalverkehrs ausführen und alles tun, was geeignet sei, den Ausbreitungen der Spekulation entgegenzutreten. Bezüglich der Erhöhung der Besoldungen der Bundesminister auf die bereits durchgeführten Maßnahmen, wodurch der Besitz in erhöhtem Maße getroffen werde. Er teilte mit, daß eine Novelle zur Vermögensabgabe in Vorbereitung sei, durch die eine entsprechende Besteuerung der großen Vermögen erfolgen werde. Bezüglich des Abbaus der Lebensmittelzuschüsse machte der Minister auf die zwischen der industriellen Arbeiterkassen getroffenen Maßnahmen aufmerksam. Gleichzeitigkeit werde die schärfste Kinderüberwachung ins Leben treten. Der Minister verneinte schließlich, er werde überall zureifen und mit größter Energie und unflätiger Beschleunigung alles tun, um den finanziellen Wiederaufbau der Staat zu ermöglichen. Der Vorsitzende dankte dem Finanzminister für die von ihm gemachten konkreten Zusagen zur Kenntnis. Er richtete an die Regierung das dringende Ersuchen, die notwendigen Gesetze mit der gebotenen Raschheit dem Reichsrat vorzulegen. Die Arbeiterkassen wolle energische und einschneidende Maßnahmen setzen, vor allem solche, durch die die bestgehenden Kreise getroffen werden.

Wien, 2. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)

In allen Wiener Bezirken herrscht heute Ruhe. In den Straßen ist die Arbeit wieder aufgenommen. Nur in einigen Betrieben erklärten die Kommunisten, erst die Beschlüsse des Wiener Kreisarbeiterrates, der heute abend um 7 Uhr zusammentrat, abwarten zu wollen.

Die Zahl der demokratischen Geschäfte beträgt 172. Die meisten Läden blieben heute geschlossen, da die Geschäftsinhaber doch wieder eine Wiederholung der gestrigen Ereignisse befürchten. Das Geschäftsleben ist wie ausgestorben. Auf der ganzen Ringstraße ist kein einziges Caféhaus zu finden, in dem eine Fensterheibe ganz ist. Insekten wurden infolge der gestrigen Ereignisse 24 Personen verhaftet. Die meisten wurden bei der Klärung der großen Hotels in der Ringstraße festgenommen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Dannenberg und Staret intervenierten heute zugunsten der Verhafteten bei dem Polizeipräsidenten, der die Verhaftung gab, daß eine große Anzahl Beamter ständig mit der Untersuchung beschäftigt sei und daß alle freigelassen werden würden, denen eine direkte Teilnahme an den Unruhen nicht nachgewiesen sei.

Das Wiener kommunistische Organ, die „Rote Fahne“, ist heute vorzeitig beschlagnahmt worden.

## Glaubrecht über Wien.

Wien, 3. Dezember.

Reiter und Gendarmen sind aus dem Burgenland in Wien eingetroffen. Auch mehrere österreichische Reichswehrtruppen sind in Wien eingetroffen.

Oberösterreich kamen an. Die Regierung erwägt die Verhängung des Standrechts über Wien. Die „Rote Fahne“ wurde wegen Aufreizung zu neuen Ausschreitungen beschlagnahmt. Nach den Feststellungen der Polizei beteiligten sich an den vorgetragenen Ausschreitungen russische und ungarische Kommunisten. In Budapest wurden schon vor Beginn der Unruhen Flugblätter verteilt, daß in Wien die Sowjetrepublik ausgerufen worden sei. Bezeichnend ist, daß die kommunistische „Rote Fahne“ in einer Nebenach erhöhte Auflage erschien.

## Briands Ankunft in Le Havre.

Le Havre, 3. Dezember.

Der französische Ministerpräsident Briand ist gestern morgen an Bord des Transportschiffes „Paris“ in Le Havre eingetroffen. Auf dem Schiffe, der ihn ans Land brachte, wurde er von dem Marineminister und Loucheur begrüßt. Bei der Landung, die um 10.10 Uhr vorm. erfolgte, waren die meisten Mitglieder, sowie die Militär- und Zivilbehörden anwesend. Briand begab sich sodann nach dem Rathaus, wo er verschiedene Delegationen empfing. Der Bürgermeister von Le Havre begrüßte ihn im Namen der Bevölkerung.

Briand hielt sodann eine kurze Rede, in der er erklärte, daß Frankreich auf einer so wichtigen Konferenz, wie es die Washingtoner war, nicht fehlen konnte und daß Frankreich immer für die Abrüstung eintreten werde. Der Ministerpräsident drückte seine Freude darüber aus, daß die ganze Welt Frankreich Gerechtigkeit widerfahren lasse. Die ganze Welt habe anerkannt, daß Frankreich friedlich bleiben müsse und daß es nicht isoliert werden darf. Briand war auch davon überzeugt, daß die Konferenz allfällige Restate gestrichelt habe, und daß sie die Interessen und die Sicherheit Frankreichs in keiner Weise verletzen wird. Briand ist ebenso davon überzeugt, daß die alliierten und assoziierten Mächte einig bleiben werden.

Der Ministerpräsident mahnte darauf noch einem Frühstück bei und fuhr sodann nach Paris weiter, wo er gegen 3.20 Uhr nachm. auf dem Bahnhof St. Nazaire eintraf.

## Keine Zusammenkunft Briands mit Lloyd George?

London, 3. Dezember.

Die Nachricht von einer Zusammenkunft Briands und Lloyd Georges, die englische Blätter seit einiger Zeit verbreiten, wird für unzutreffend erklärt. Sie wird weder von englischen Regierungskreisen, noch von französischer diplomatischer Seite bestätigt.

## Alliierte Truppen für Odenburg.

London, 3. Dezember.

Die Rostocker Konferenz hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, ein kleines Kontingent alliierter Truppen während der Abgrenzung nach dem Gebiet von Odenburg zu entsenden. Diese Truppen werden dem Effektivstand entnommen werden, der sich in Oberösterreich befindet. Die Konferenz befaßt sich sodann noch verschiedene albanische Fragen.

## Aushöhlung der Vermögenssteuer.

Berlin, 2. Dezember.

Nach sechs langen Sitzungen hat der alte Ausschuss des Reichstages am Donnerstag den Entwurf eines Vermögenssteuergesetzes in erster Lesung verabschiedet. Die für die zweite Lesung von den verschiedenen Parteien angeforderten Anträge werden kaum von solcher Bedeutung sein, daß sie die wesentlichen Grundzüge der vom Ausschuss in erster Lesung gestalteten Vorlage erheblich verändern könnten. Die Vorlage der Regierung ging in mannigfacher Hinsicht nicht weit genug und ließ die Schen erkennen, die bei dem Reichsministerium zutage tritt, wenn der Besitz zu den Lasten des Reiches herangezogen werden soll. Die bürgerlichen Parteien, die sich zur Regelung der Besitzsteuern zu einer Einheitsfront zusammengeschlossen, haben das an sich schon unzulässige Gesetz zu einem Messer ohne Heft und Klinge gemacht; den Wünschen der Interessenten, der Industrie und dem Grundbesitz ist in weitem Maße entsprochen worden. Daß es soweit kam, liegt zuletzt an dem Verhalten der Regierung und an dem Verhalten des Reichsfinanzministers Dr. Hermes. Statt für die Vorlage einzutreten und sie zu verteidigen, haben die Regierungsvertreter diese schon im ersten Augenblick fallen gelassen. Vom Zentrum bis zu den Deutschnationalen war man einig darin, das Besitzsteuergesetz auszuhöhlen, um den Besitz nach Möglichkeit zu schonen.

Das Hauptgewicht lag bei der Beratung naturgemäß in den Bestimmungen über die Einschätzung des steuerbaren Vermögens, die Wertermittlung, dann im Steuertarif und zuletzt in den zur Steuer selbst zu erhebenden Zuschlägen. Daß das Verhalten der Regierung haben die bürgerlichen Parteien einen vollen Sieg zu verzeichnen. Die Regierungsvorlage sah die Einschätzung nach dem gemeinen Wert vor und zielte gleichzeitig nach der Beseitigung des Zwitzerzustandes hin, daß daneben auch noch der Ertragswert zur Grundlage bei der Wertermittlung genommen werden soll. Damit wäre der einseitige und durch nichts begründeten Vorzug der Landwirtschaft einigermaßen ein Riegel vorgeschoben worden. Die bürgerlichen Parteien brachten es jedoch fertig, neben dem gemeinen Wert auch den Ertragswert als Bewertungsgrundlage in das Gesetz hineinzuschmuggeln und bereiteten so die Ersaffung nach dem tatsächlichen Wert ganz und gar. Aber hiermit noch nicht genug! Herrn Helfferich gelang es weiter, infolge der verständnisvollen Unterstützung seiner Freunde innerhalb des Zentrums und bei der Deutschen Volkspartei, die Millionen zählenden Vermögensbeträge für Abschreibungen und Rücklagen steuerfrei zu machen. Außerdem vermochte er den unhaltbaren Begriff des „dauernden gemeinen Werts“ in das Gesetz zu bringen. Was bei der Beratung der Novelle zum Reichsnotopfer von deutschnationaler Seite vergeblich versucht worden ist, gelang also bei der Beratung des Vermögenssteuergesetzes.

Der Tarif wurde ebenfalls erheblich verschlechtert. Der vom Ausschuss angenommene Antrag des Zentrums verlangt für die ersten angefangenen oder vollen 500 000 Mark steuerpflichtiges Vermögen 1 vom Tausend Steuer, während die Regierung diesen Satz schon bei 100 000 Mark vorgezogen hatte. Auch die Zuschläge sind gemildert worden, indem die Festsetzung des Reichsrats abgelehnt, der Reichsregierung aber bei dem bürgerlichen Einverständnis Gnade fand. Nach der beschlossenen Vorlage sind die Zuschläge nicht bis zum dreifachen, sondern nur bis zum zweifachen Betrag zu erheben. Die Regierungsvertreter hatten in diesem Sinne kaum ein Wort für ihre Vorlage gesagt!

Es ist ausgeschlossen, daß die Sozialdemokratie dem Vermögenssteuergesetz wie es in seiner ersten Lesung beschlossen wurde, im Plenum des Reichstages seine Zustimmung geben kann. Das Gesetz bedeutet in seiner jetzigen Form geradezu eine Provokation für alle Volksgenossen, die an direkten und indirekten Steuern heute schon weit über ihre Kraft belastet sind.

## Der Angriff auf die Reichseisenbahn.

Der Kampf um die Reichseisenbahnen ist immer noch nicht beendet. Die Schwerindustrie bemüht sich weiter für den Plan der Eisenbahnstimmungen zu machen, trotzdem Herr Stresemann in Stuttgart erklärte, daß auch die Volkspartei nicht an die Eisenbahnstimmungen der Eisenbahnen denke. Es ist schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß eine sorgfältige Nachprüfung der Wirtschaftslage in einzelnen Industrien ergriff, daß die privaten Industrien nicht weniger unter den Kriegskosten leiden, obwohl sie ganz ungeheure Privatgewinne erzielt haben. Jetzt stellt Ministerialrat Tecklenburg im Reichsverkehrsministerium in der „Völkischen Zeitung“ eine Rechnung auf, die das Schlagend nachweist. Er vergleicht die Reichseisenbahn mit der fast unbeschränkten Domäne des Großkapitals, dem Kohlenbergbau. Beide haben ihre Arbeiterzahl gegen die Zeit vor dem Kriege vermehren müssen, beide leiden trotzdem darunter, daß die Leistung der Arbeiter, infolge des schlechten Materials, hinter der Vorkriegszeit zurückbleibt. Verechnet man nun die auf den einzelnen Mann der Belegschaft entfallende Durchschnittsleistung, so ergibt sich, daß im August 1921 der Arbeiter der Eisenbahn durchschnittlich 60,6, der Arbeiter im Bergbau durchschnittlich 60 vom Hundert der Friedensleistung schaffte. Es ist also außer Zweifel, daß der Bergbau trotz seiner kapitalistischen Verwaltung in der Leistungsfähigkeit auf den Kopf des Arbeiters die Reichseisenbahn nicht übertrifft. Würde man die gleiche Rechnung auf die Hochofenindustrie, also auf die Stahl- und Eisenindustrie ausdehnen, die bekanntlich vom Kohlenmangel schwer betroffen ist, so würde man ein blaues Wunder erleben und sehen, daß dort die Durchschnittsleistung noch geringer ist. Die Zahlen beweisen, daß das Privatkapital im eigenen Herrschaftsbereich viel zu sehr veragt hat, als daß es für sich die Fähigkeit in Anspruch nehmen dürfte, die Reichsbetriebe zu „sanieren“.

## Ausgleich in der Beamtenbesoldung?

Berlin, 3. Dezember.

Durch die fortschreitende Teuerung haben sich die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zu gemeinsamen Verhandlungen über die Gehaltsaufbesserung der Beamten veranlaßt. Die Verhandlungen kommen heute zum Abschluß, sodaß bereits in den nächsten Tagen mit der Regierung Verhandlungen über die Forderungen stattfinden können. Die Gewerkschaften fordern eine Erhöhung der Grundgehälter insbesondere der unteren Gruppen und die Beseitigung der jetzigen ungleichen gleichmäßigen Teuerungszuschläge. Es handelt sich bei dem Vorschlag der Gewerkschaften im wesentlichen um Wünsche, die bereits bei der letzten Gehaltssteigerung der Regierung als Forderung unterbreitet wurden, und die eine Steigerung z. B. der unteren Gehaltsklassen von 12 000 bis 16 000 Mark, der höheren Klassen von 53 000 bis 80 000 Mark vorsehen. Die durch den Vorschlag der Spitzenorganisationen entstehende Mehrbelastung der Reichshaushalts erreicht keinesfalls die Höhe von 60—70 Milliarden Mark, wie es von einem Teil der Presse gemeldet wird. Diese triviale Ausgabe scheint von einer Seite auszugehen, deren Bestrebungen den Wünschen der Mehrheit der Beamten widersprechen und die lediglich auf eine Aufbesserung der sozialen Bezüge der Beamtenherrschaft hinauslaufen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund beteiligte sich an den Verhandlungen der Spitzenorganisationen nicht, da seine Wünsche von denen der anderen Organisationen abweichen.

## Der Streit um die Schlichtungsordnung.

Der Reichswirtschaftsrat hat in seiner letzten Plenarsitzung den Gesetzentwurf über die Schlichtungsordnung an den sozialpolitischen Ausschuss zurückverwiesen, um dort erneut eine Verständigung zu versuchen. Es wurde nochmals ein Unterausschuss eingesetzt, dessen Bericht vom sozialpolitischen Ausschuss am 1. Dezember entgegengenommen werden konnte. Bei der Beratung zeigte sich auch diesmal, daß die Unternehmer in der Schlichtungsordnung ein Instrument haben wollten, um die Arbeitermassen durch eine gesetzliche Handhabe zu knebeln. Die Anträge der freien Gewerkschaften wurden zwar zum großen Teil gegen die Stimmen der Unternehmer angenommen. Dennoch aber stimmten die freigewerkschaftlichen Vertreter bei der Gesamtentscheidung gegen das Gesetz, weil der entscheidende § 55 eine durchaus arbeitereindliche Formulierung erfahren hat. Auch die von den christlichen Arbeitervertretern gestellten Verbesserungsanträge wurden von unseren Freunden im Ausschuss als unzulässig zurückgewiesen werden.

Bei der Gesamtentscheidung stimmten alle Unternehmervertreter gegen das Gesetz, weil ihnen die Vorlage noch nicht scharfmacherisch genug war, die Arbeitnehmervertreter aus der entgegengegesetzten Auffassung heraus. Die den freien Gewerkschaften angehörigen Ausschussmitglieder gaben zu der Abstimmung folgende Erklärung ab:

„Die den freien Gewerkschaften angehörigen Ausschussmitglieder erblicken in der vom sozialpolitischen Ausschuss angenommenen Fassung des § 55 der Schlichtungsordnung eine unvertretbare Einschränkung des Streikrechtes. Die Arbeitnehmervertreter setzen sich daher gegenwärtig, den von dem sozialpolitischen Ausschuss beschlossenen Gesetzentwurf einer Schlichtungsordnung ihre Zustimmung zu versagen.“

## Etwas für die Annalen der deutschen Republik.

Am Freitagstage der ehemaligen deutschen Kaiserin am 19. April hatte die Deutsche Volkspartei in Düren am Hause ihres Parteihauses die alte Reichstaggeheiß. Die Fahne wurde am selben Tage heruntergerissen. Die Strafkammer verurteilte deswegen den sozialdemokratischen Stadtverordneten und Redakteur Kadomacher und zwei Arbeiter wegen Landfriedensbruchs und Sachbeschädigung zu je drei Monaten Gefängnis.

# Der Tod auf der Flucht.

Am Donnerstag nachmittag ist ein von Berliner Kriminalbeamten verhafteter Kommunist, Namens Lohse, vor dem Charlottenburger Polizeipräsidenten auf der Flucht angehalten und schwer verletzt worden. Der eine Schuß hatte ihn in den Rücken getroffen. Der Verletzte wurde noch am Abend operiert und ist, wie vom Polizeipräsidenten mitgeteilt wird, bei der Operation gestorben.

Der Verhaftete wurde vom Untersuchungsrichter in Blauen im Baatland beschrieftlich gesucht, weil er der Beteiligung an Sprengstoffattentaten verdächtig war. (Die erste Meldung, daß er an dem Attentat auf die 66-Bellerbrücke in Charlottenburg beteiligt gewesen sei, war irrtümlich.) Lohse hielt sich in Charlottenburg unter dem Namen Schmidt auf. Er wurde in der Wohnung eines Freundes verhaftet und bestritt den Beamten gegenüber, Lohse zu heißen. Zum Beweise, daß er wirklich Schmidt sei, erklärte er sich bereit, die Beamten in seine Wohnung zu geleiten. Zu diesem Zweck beabsichtigte er, die Kriminalbeamten durch eine dunkle Straße zu führen. Als die Beamten sich darauf nicht einließen, schlug er plötzlich mit der Faust auf die Beamten ein und schänderte sie zur Seite, was ihm um so leichter gelang, als er ein großer, herkulisch gebauter Mensch war. Die Beamten verletzten ihn und riefen ihm mehrfach Halt zu. Als er diesen wiederholten Rufen nicht Folge leistete, schloßen die Beamten mit dem erwähnten tragischen Erfolg.

Gleich bei seiner Verhaftung hatten die Beamten ihm einen geladenen Revolver abgenommen, der neun Schuß enthielt. Nach den der Polizei abgenommenen Mitteilungen pflegte Lohse sonst auch Eierhandgranaten bei sich zu tragen, die man jetzt allerdings nicht bei ihm gefunden hat. Es haben sich bei der Polizei eine ganze Reihe von Augenzeugen gemeldet, die bestätigen, daß die Beamten tatsächlich mehrfach den Flüchtenden zum Stehen aufgefordert haben und daß die Schüsse aus weiter Entfernung abgegeben worden sind.

Trotz alledem ist es begreiflich, wenn die „Rote Fahne“ die Angelegenheit der Verhaftung, in der sich die kommunistische Zentrale in den letzten Tagen befand, dieses neueste Vorkommnis benützt, um die Aufmerksamkeit von ihren eigenen Sünden abzulenken und aufs neue an die Solidarität aller Arbeiter gegenüber den „konterrevolutionären Nordgeiern“ appelliert, wie sie die Polizeibeamten nennt. Wir werden uns durch diese Ausschüchtlungen des traurigen Vorfalles durch die Eitelkeit und Genossen nicht ablenken lassen. Aber wir müssen doch die Forderung erheben, daß die Schicksalsschicksale der Polizei schleunigt abgeändert werden. Es geht auf die Dauer nicht an, daß immer wieder „Kleinhendel“ erschossen werden, besonders wenn, wie in diesem Falle, dem Verhafteten vorhandene Waffen schon vorher abgenommen waren. Schon die Möglichkeit, daß ein vollkommen Unschuldigster oder gar irrtümlich Verhafteter auf diese Weise vom Leben zum Tode befördert werden kann, weist auf die Gefahr hin, die aus den bestehenden Schicksalsschicksalen der Polizei erwachsen kann. Diese Gefahr muß ein für allemal beseitigt werden. Dertin schließlich darf auch ein wirklicher Verbrecher nicht dem Richter durch Polizeibeamten entzogen werden. Und nach den Erfahrungen von Meckert und u. a. kann man schwer an einen Fluchtversuch glauben, solange er nicht, wie z. B. im Fall Brandler — selungen ist.

## „Seine Majestät“ läßt reisen.

Frau Anna Harms geb. Lanz reist seit längerer Zeit im Auftrage des Hauses Hohenzollern fast jede Woche von Dorn (Holland) nach Berlin mit folgender Bescheinigung:

Hofmarschallamt

Seiner Majestät des Kaisers und Königs Wilhelm II.  
Bescheinigung.

Frau Anna Harms geb. Lanz reist heute nach Deutschland und kehrt danach wieder hierher zurück. Es wird gebeten ihr auf der Hin- und Rückreise bei der Grenzkontrolle unalkoholische Erleichterung zu gewähren.

Sie genießt bei ihren Reisen eine weitgehende Bevorzugung gegenüber anderen Reisenden, da die Zollkontrolle nur oberflächlich und im Zuge ausgeführt wird, während die übrigen Reisenden sich einer eingehenden Kontrolle in der Revisionsstelle unterziehen müssen.

Der Abgeordnete Hubert (Soc.) hat deshalb die Staatsregierung befragt, ob sie bereit ist, darauf hinzuwirken, daß jede Bevorzugung des ehemals regierenden Hauses Hohenzollern unterbleibt und welchen Zweck diese Reisen, bei denen ständig viel Gepäck mitgeführt wird, haben.

Daß Wilhelm von Hohenzollern sich noch immer „Majestät“ nennt, ist schließlich keine Sache, dringend verlangen müssen wir aber, daß seine Beauftragten von den republikanischen Behörden nicht anders behandelt werden, als alle anderen Sterblichen.

## Byrmon mit Preußen vereinigt.

Der Staatsvertrag zwischen Preußen und Waldeck-Byrmon über die Eingliederung Byrmons in Preußen und die Provinz Hannover wurde nunmehr in Trossen abgeschlossen. Für Preußen unterzeichnete Ministerialdirektor Meißner, Finanzrat Madens, Geh. Regierungsrat von Kamete, für Waldeck-Byrmon Landesdirektor Schmeeding.

## Der Düsseldorfer Metallarbeiterstreik.

Düsseldorf, 1. Dezember.

Seit drei Wochen tobt in Düsseldorf der Streik der 60.000 Metallarbeiter um bessere Existenzbedingungen. Bekanntlich war der Dortmunder Schiedsrichter derart, daß auch der Reichsarbeitsminister seine Verbindlichkeitsklärung ablehnte. Eine Wendung trat ein, als ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums bei den Verhandlungen in Köln den Vorschlag machte, daß der Lohn der gelehrten Facharbeiter zuzüglich der sozialen Zulagen mindestens 12,50 Mark für die Stunde betragen soll. Dazu soll für alle Hüttenarbeiter die sogenannte Hüttenzulage von 1 Mark pro Stunde treten. Es sollen keine Maßregelungen durchgeführt werden, mit Ausnahme gegen Leute, die sich etwaige Lertortakte zuschulden kommen lassen. Hierüber soll von einem besonderen Schlichtungsausschuß entschieden werden. Hierauf legten die Arbeitervertreter eine Urabstimmung zu, die am Montag und Dienstag stattfand. Das Ergebnis war, daß die christlichen Metallarbeiter mit 79 % für die Wiederaufnahme der Arbeit stimmten. Bei den Hirsch-Dunderschen ergab sich gleichfalls eine Mehrheit für die Wiederaufnahme der Arbeit. Bei den freigewerkschaftlichen Arbeitern aber stimmten 88 % für die Weiterführung des Streiks. Der Bezirk Gerresheim, der sehr stark

ist, lehnte eine Abstimmung überhaupt ab, sprach sich aber auch für die Weiterführung des Streiks aus. Dadurch, daß die Christlichen und die Hirsch-Dunderschen den Streik als erledigt betrachteten, und die Parole ausgaben, wieder in die Betriebe zu gehen, sehen sich die Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes genötigt, auch ihrerseits einen Abbruch des Kampfes zu empfehlen. Die Arbeit soll Freitagmorgen wieder aufgenommen werden. Selten ist ein Streik mit solcher Entschiedenheit geführt worden, wie dieser. Die Unternehmer wandern alle Mittel an, um die Arbeiter auf die Knie zu zwingen. Aus diesem Grunde stifteten sie einen 20-Millionen-Fonds zur Bekämpfung der Streikenden. Zur Unterstützung der Streikenden hat das Gewerkschaftsamt eine großzügige Kinderkantine eingerichtet. Täglich wurden 5000 Kinder mit kräftiger Nahrung aus Gulaschkanonen gespeist. Die Speisung soll auch noch mehrere Wochen nach Wiederaufnahme der Arbeit fortgesetzt werden.

# Volkswirtschaft.

## Wirtschaftspolitische Rundschau.

Die Kreditaktion der Regierung. — Die Stinnesprojekte. — Die englische Industrie zur Reparation. — Die neue Wirtschaftspolitik der Russen. — Der französische Militarismus gegen die deutsche Arbeiterklasse. — Der Entente-Kapitalismus in Ober-Schlesien.

In der Reparationsfrage besteht die Spannung fort. Es ist vollkommen unklar, ob die Bemühungen der Regierung, gemeinsam mit der Industrie in England und Amerika einen größeren Kredit aufzunehmen von Erfolg begleitet sein werden. Bei dieser Sachlage bleibt es unklar, ob am 15. Januar die fällige Rate für die Reparation bezahlt werden kann, wobei sich zwischen durch sehr Schwierigkeiten ergeben werden, ob die vorher auf Grund der variablen Leistungen festgesetzten Geldbeträge argebracht werden können. Bei dieser undurchsichtigen Entwicklung der Finanzlage des Reiches zeigt sich an der Börse keine Besserung in der Kursbewegung. Vielfach tauchen die Beschränkungen auf, daß wir noch weiter abwärts mit unserm Markkurs sinken.

Was die Stellung der Industrie anbelangt, so ist immerhin bemerkenswert, daß ein einflussreiches Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Herr Dr. Krämer, im Verein mit Berliner Kaufleuten und Industriellen sich sehr entschieden für das Zustandekommen einer Kreditaktion ausgesprochen hat und diese auch nicht verquiden will mit irgend einer besonderen wirtschaftspolitischen Frage. Herr Stinnes, der die Gegenströmung im Reichsverband der deutschen Industrie vertritt, ist von seiner Reise nach England zurückgekehrt. Ob er sich bei seinem Aufenthalt in London sehr intensiv mit der Kreditaktion beschäftigt hat, ist mit Sicherheit nicht festzustellen, aber es ist wohl anzunehmen, daß er nicht ohne Rücksprache mit einflussreichen Finanzkreisen auch in England dieses Projekt erörtert hat. Da er zu denjenigen gehört, die für eine Ablehnung der Londoner Bedingungen gewesen sind, so ist von seinen Bemühungen nicht viel zu halten. Er ist nicht gerade interessiert an dem Zustandekommen dieser Aktion, es sei denn, daß er sich der Hoffnung hingibt, daß durch diese Aktion mit den starken wirtschaftlichen Forderungen, die auf seinen Einfluß der Reichsverband der deutschen Industrie stellte, das Zustandekommen einer größeren Anleihe auch für ihn verlockender erscheint.

Es wurde ferner berichtet, daß Herr Stinnes einen großen gigantisch angelegten Plan für eine russische Aktion ausgeheckt habe. Seine Bemühungen gehen dahin, in Rußland in Verbindung mit englischem Kapital und deutschem Unternehmertum eine großzügige Ausnutzung der russischen Rohstoffe und des russischen Marktes zu betreiben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß man dafür in England Verständnis hat. Von anderer Seite wird berichtet, es sei beabsichtigt, einen europäischen Eisenbahnstumpf ins Leben zu rufen, für den die Weiterleitung der deutschen Eisenbahnen in privaten Besitz einen starken Stützpunkt abgeben würde.

Ueberrasschend taucht nun inmitten dieser kapitalistischen Spekulation das Projekt der englischen Industrie auf, für Deutschland die Reparationsleistungen zu erleichtern. Es war nicht unbekannt, daß in englischen Finanz- und Industriekreisen das Unhaltbare des gegenwärtigen Zustandes erkannt wurde und die enge Verbindung der Gesamtwirtschaftslage mit der deutschen auch denen klar wurde, die bisher der deutschen Konkurrenz nicht gerade freundlich gesinnt waren. Die Denkschrift der englischen Industrie ist von großer wirtschaftspolitischer Bedeutung. Sie lehnt sich an den Vorschlag an, der kurz vor der Londoner Verhandlung von Arnold Reehberg dem damaligen Minister des Neußern, Herrn Dr. Simons, unterbreitet wurde. Reehberg empfahl, daß die Kapitalanteile der Großindustrie mit ihrem Ertrag als Reparationsleistungen angeboten werden sollten. Die Entente hätte dann die Möglichkeit gehabt, bei einer Besserung unserer Wirtschaft einen ganz sicheren Wertmesser der Beteiligung der höheren Leistungen in der Hand zu haben und finanziell wäre das Reich entlastet worden.

Auf diesen Vorschlag geht die Denkschrift der englischen Industrie zurück, sie erweitert aber ihre Anforderung, indem sie nunmehr auch den Einfluß auf die deutsche Industrie durch solche Besitztittel erwerben will. Von einem solchen Zugeständnis kann natürlich keine Rede sein, denn wir kämen in eine vollständige Abhängigkeit, die auch politisch untragbar wäre. Immerhin ergibt sich, wie verfehlt es war, die Lösung unserer Finanzkatastrophe in der Form, wie sie das Reichswirtschaftsministerium dem Kabinett empfohlen hat, abzulehnen. Würde die Regierung sich zu einem entschlossenen Vorgehen bereitfinden, so hätte die Erlassung der Sachwerte nur als Unterlage einer Sicherung für den ausländischen Kredit gedient. Leider ist man vor dem Ansturm der Industrie und den kapitalistischen Interessen zurückgewichen, und wir werden erleben, daß es leider eines noch stärkeren Zwanges bedarf, um zu den Maßnahmen die man zunächst für undurchführbar hielt, zurückzukehren.

In Verbindung mit dem russischen Problem des Herrn Stinnes ist es nicht uninteressant, den Differenzen in der russischen Sowjetregierung über die neue wirtschaftliche Gestaltung in Rußland nachzugehen. In der russischen Presse kommt zum Ausdruck, daß Lenin sehr offen, man kann sagen rücksichtslos die Umstellung der russischen Wirtschaft vertreten hat. Man hat sich, so erklärt er, zu einer anderen Wirtschaftspolitik entschließen müssen, die allerdings im Endergebnis zu einer Wiederherstellung des Kapitalismus führen muß. Gezwungen sei man hierzu auch durch das Verhalten der Bauernschaft, deren persönliche Interessen anders gerichtet sind als die kommunistische Wirtschaftspolitik. Wenn es nicht gelänge, den Aufbau der nationalen Wirtschaft auf persönliche Interessen zu stellen, so gehe die Republik dem Untergang entgegen. Man sei gezwungen, an Ausländer Konzeptionen zu erziehen, die Bevölkerung werde lernen aus dieser Umstellung und dann erst werde sich die kommunistische Wirtschaft verwirklichen lassen.

Damit würde nun die russische Sowjetregierung einen sehr weiten Umweg zur Erreichung ihres Zieles einschlagen, und sie hat in den Kreisen ihrer Anhänger damit bereits einen heftigen

Widerspruch gefunden. Trotz, der ablehnend diesem Standpunkt gegenüber steht, ist in der Öffentlichkeit weniger bemerkt, wohl aber tritt Bucharin als entschiedener Gegner im obersten Volkswirtschaftsrat auf. Hier soll sogar der Einfluß Bucharins im starken Wachsen sein, während die Position Lenins an Boden verliert. Diese innere Unklarheit und die Gegensätze in der russischen Regierung beanspruchen insofern eine gewisse Bedeutung, als es unsicher erscheint, ob die Lockerung der Fesseln der russischen Wirtschaft einen dauernden Bestand hat oder sich nicht wieder die Rückkehr zu den kommunistischen, unhaltbaren Problemen vollzieht. Die Stellung Lenins ist auch insofern nicht ganz gesichert, weil die Umstellung seiner Wirtschaftspolitik natürlich nicht unmittelbar die Erfolge aufweist, die zur Befestigung einer ganz anders gerichteten Politik notwendig wären. Das ausländische Kapital betrachtet bisher mit einem gewissen Mißtrauen alle die Angebote, die von der russischen Regierung ihnen offeriert werden und man hat sich im allgemeinen bisher ablehnend verhalten.

Das Vorgehen des Generals Kollai gegen die Deutschen Werke und die Unternehmungen, die der Rüstungsindustrie dienen, hat nunmehr auch in Arbeiterkreisen allgemein eine starke Entrüstung ausgelöst, die ohne Parteirichtung besonders diejenigen Arbeiter mit forgeriffen hat, die unmittelbar von der unsinnigen Anordnung getroffen werden. Man wird es begrüßen, daß gegenüber der skrupellosen Prestekampagne im Auslande der Versuch unternommen wurde, die Delegierten der internationalen Konferenz in Genf zu bestimmen auf ihrer Rückreise durch Deutschland einen Einblick zu nehmen in die Betriebe, um die unerhörte Bedrückung, die uns zugefügt wird, zu verstehen. Die Gewerkschaften haben sich in den Dienst dieser Aufgabe gestellt und hoffentlich sind ihre Bemühungen von Erfolg begleitet. Wir wollen nichts anderes als Klarheit verbreiten über die unerhörten Anordnungen des Generals Kollai. Was hier der französische Militarismus verschlägt, trifft nicht den deutschen Militarismus, sondern die deutsche Arbeiterklasse.

Bei der Entscheidung über die Aufstellung Ober-Schlesiens haben, was uns nicht verborgen blieb, natürlich auch stark wirtschaftliche Interessen der Entente eine Rolle gespielt. In kurzer Zeit hat bereits ein englisches, französisches und italienisches Kapital Einzug gehalten in den Unternehmungen, die in dem von Polen abzutretenden Teil gelegen sind. Vor allem wird man die preussischen Staatsbergwerke, die nunmehr in polnischen Besitz übergehen, privatkapitalistisch aufziehen und den genannten ausländischen Kapitalisten überantworten. Die Beteiligung des französischen Kapitals wird mit 500 Millionen Frank angegeben, die übrigen Beteiligungen sind in ihrem Umfange noch unbekannt. Wahrscheinlich wird die polnische Regierung aus dieser Besitzübertragung eine nicht unwesentliche Bereicherung ihrer Staatskasse erfahren und man darf wohl annehmen, daß auch die Besserung der polnischen Mark in einem gewissen Zusammenhange mit dieser Besitzübertragung der von der Entente den Polen zugesprochenen industriellen Unternehmungen steht. Die Entente-Kapitalisten heimchen die Erfolge ihrer politischen Intrigen ein.

## Wiedermärkte.

Hamburg, 2. Dezember.

Schlachtviehmarkt der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein am Hamburger Schlachtwiechmarkt.

### Schweinemarkt.

Preis für 100 Pfund Lebendgewicht

- a) beste, schwere, reine Ware über 260 Pfund . . . 1800—1900 Mk.
- b) mittelschwere Ware, 200—260 Pfund . . . 1600—1700 „
- c) gute, leichte Ware unter 200 Pfund . . . 1400—1500 „
- d) geringere Ware . . . 1200—1300 „
- e) beste Sauen . . . 1800—1700 „
- f) geringere Sauen . . . 1500—1600 „

Marktzunahme: 3744 Schweine. Infolge des starken Dollarkurses verlief das Geschäft sehr ruhig bei sinkenden Preisen. Durch die Landw.-Kammer wurden 320 Schweine verkauft.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 3. Dezember.

Ämliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	100 Frs.	100 Mk.
Amsterdam	100 fl.	7282.75
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	1443.55
Konstantinopel	100 Kr.	2907.05
Kopenhagen	100 Kr.	3798.20
Stockholm	100 Kr.	4870.10
Helsingfors	100 Finn. Mk.	363.60
Rom	100 Lire	8-10
London	1 £	824.15
New York	1 Doll.	203.79
Paris	100 Frs.	1538.45
Zürich	100 Frs.	40.15 95
Madrid	100 Pesetas	2987.-
Wien	100 K.	6.78
Budapest	100 K.	29.97
Prag	100 K.	214.75

## Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

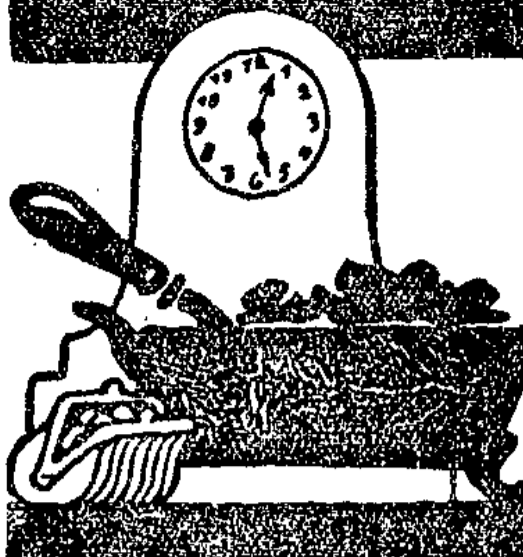
Dampfer Segler Schiffname Kapitän Herkunftsort Fahrzeit Tage Std

Angelommen am 2. Dezember.

D.	S.	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit
		Karlberg	Moland	1 1/2
		Gawota	Lenz	2

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Prellant Lübeck und Neuland Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Internat. Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Preis das Paket Mk. 7.00.



Kohlen Zeit u. Geld

sparen Sie durch Gebrauch des selbsttätigen Waschmittels „Persil“.

Persil das selbsttätige Waschmittel

Alleinige Fabrikanten: HENKEL & CIE., DÜSSELDORF.

Zentrale für private Fürsorge Abteilung Mittelstands-Selbsthilfe

Ausstellung von Handarbeiten u. Antiquitäten in den Räumen der Firma Spille & v. Lühmann

Adlershorst. Ball Jeden Sonntag u. Donnerstag

Eisenluft Tanzfränzchen. Morgen: Großes Eisenluft Tanzfränzchen.

Weißer Engel Ball Jeden Sonntag

Reell Die öffentlich höchst gebotenen Preise. I. Brachgold, Bruchsilber, Platin, Gebisse, Brannstifte, Brillanten, alte Münzen, Doublebruch

Sollen Mäntel Referieren - billig - 34 Mühlenstraße 34

Umpressen Womit sparen Sie Geld? Wenn Sie ihre alten Damen- und Herren-Hüte bei uns auf modernste Formen anarbeiten lassen.

Ankauf rohen Zellen oder Tierhäuten von zu höchsten Preisen bei reeller Abnahme. J. L. Würzburg

Konsumverein für Sübek u. Umg. e. G. m. b. H.

Montag, den 12. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung in der „Flora“.

- Tagesordnung: 1. Jahresberichte. 2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes. 3. Best-lufsfassung über die Verteilung der Ertrübrigung.

Der Aufsichtsrat. A. Warnde, Vorsitzender. Die Bilanz liegt vom Montag, dem 5. Dezember 1921 in sämtlichen Warenabgabestellen zur Einsicht der Genossen aus.

Volkshochschule. Sonnabend, 3. Dezember abends 8 Uhr

Vortrag: Direktor Dr. Hesse über Kunst und Revolution.

Mislinger Baum Endstation d. Linie 9 Morgen Sonntag, den 4. Dezember vornehmer Tanzfränzchen

Rheum fix (Patentamt. eingetrag. Schutzmarke). 9924

Magerteit Schöne volle Körperformen durch unser Lager

Asthma kann geheilt werden. Sprechst. in Sübek, Sübekstr. 3a

Blattlästige Bienen „Get“ in Sübek Sonntag, den 4. Dezember 1921 im Kolosseum: 2. Gesellschafts-Abend

Betriebsrätezentrale A. O. G. B. - A. F. A. Lübeck.

General-Versammlung aller Betriebsräte, Betriebsobleute u. Baudelegierten am Montag, d. 5. Dezember, abds. 7 1/2 Uhr

Montag, den 5. Dezember 1921: Große öffentliche Volksversammlung in den Zentralhallen.

Zentralhallen. Morgen Sonntag: Großes Tanzfränzchen.

Neu-Lauerhof. Jeden Sonntag: Tanz. Sonntag, 11. Dezember, Anfang 6 Uhr

Morgenfeier im Stadttheater Sonntag, 11. Dezbr. 1921 von 11 1/2 - 1 1/2 Uhr

Blattlästige Bienen „Get“ in Sübek Sonntag, den 4. Dezember 1921 im Kolosseum: 2. Gesellschafts-Abend

Groß. vollst. Konzert des Beamtenvereins

Orchesters des Beamtenvereins ehemaliger Militärmusiker am Dienstag, d. 6. Dez., abds. 8 Uhr

Der gesamte Ueberhang fällt an das Städt. Jugendheim

Gledermans 4 Uhr und 8.30 Uhr das vollständige phänomenale Dezember-Programm in beiden Vorstellungen.

Stadthallen-Lichtspiele. Vom 2. bis 8. Dezember: Goliath Armstrong

Das unheimliche Phantem Gummiflut d. Lebens Knoppchen ist Hasenbraten

Zentralhallen. Morgen Sonntag: Großes Tanzfränzchen.

Neu-Lauerhof. Jeden Sonntag: Tanz. Sonntag, 11. Dezember, Anfang 6 Uhr

Morgenfeier im Stadttheater Sonntag, 11. Dezbr. 1921 von 11 1/2 - 1 1/2 Uhr

Blattlästige Bienen „Get“ in Sübek Sonntag, den 4. Dezember 1921 im Kolosseum: 2. Gesellschafts-Abend

Friedrich Franz-Halle. Neben Sonntag: (9916) Tanz.

Kaffeehaus Moising Morgen Sonntag: Tanz.

Sindenhof Israelsdorf. Am Sonntag: (9918) Vornehme Ballmusik.

Flora Sonntag: TANZ Eintritt frei.

Preis-Stat am Sonntag, d. 4. Dez., nachm. 4 Uhr, in der Margaretenburg

Trocadero Schlüsselbuden 4. Tel. 787. (9924) Täglich die beliebten Weberus-Konzerte.

Hansatheater. Heute (9919) Sonnabend, 7 1/2 Uhr: Gaitspiel des Oberviel-leiters Ewald Kuntze

Stadthallen-Lichtspiele. Vom 2. bis 8. Dezember: Goliath Armstrong

Stadthallen-Lichtspiele. Vom 2. bis 8. Dezember: Goliath Armstrong

Stadthallen-Lichtspiele. Vom 2. bis 8. Dezember: Goliath Armstrong

Stadthallen-Lichtspiele. Vom 2. bis 8. Dezember: Goliath Armstrong

Freistaat Lübeck. Sonnabend, 3. Dezember.

Lübecker Wohnungselend.

Die Klagen der Wohnungsuchenden wollen nicht verstummen, die sehnsüchtig auf ein kleines hübsches lauerndes armen Menschen...

Sind schon die heutigen Zustände unhaltbar, so dürften sie nicht noch durch zweifelhafte Maßnahmen verschlechtert werden.

Im Laufe des Sommers wurde einem Arbeiter W. eine Wohnung zugewiesen. Die Räume beanspruchte dann die Firma...

Der zweite Fall liegt noch frischer. Im Haus Menestraße 4 hatte seit 5 Jahren ein Kräulein eine kleine Wohnung inne.

um ein älteres Kräulein handelt, das monatelang im Krankenhaus zubringen mußte und heute noch schwer leidend ist.

Noch ein dritter Fall sei angeführt. Zwei verheiratete Familien hatten die Wohnung eines Verwandten inne.

Ein Brief aus Petersburg.

Sind die deutschen Finanzen schon in einer Weise heruntergekommen, daß die Mark kaum noch 1/2 Wfa. wert ist...

Unter diesem Gesichtspunkt sind Nachrichten zu betrachten, die ein Genosse in Hamburg von einem Esperantisten in St. Petersburg mit Datum vom 3. November dieser Tage erhielt.

Der Lohn der Arbeiter ist miserabel, 20 000 bis 100 000 Rubel für einen Monat. Nur Käufer und Kaufleute (!) können leben.

Das sind nur wenige Worte aus einem Briefe, der an Entsetzlichkeit noch vieles enthält. Aber obgleich so oft bereits die schrecklichen Zustände unter dem bolschewistischen Regime...

Die Anmeldung schulpflichtiger Kinder muß bis zum 20. Dezember geschehen. Das schulpflichtige Alter beginnt mit dem auf das vollendete 6. Lebensjahr folgenden Ostern.

bei dem Leiter derjenigen Volks- und Bezirksschule anzumelden, in deren Bezirk sie wohnen.

Erweiterung der betrieblichen Einrichtung des Elektrizitätswerkes. Im März d. J. sind der Betriebsbehörde für die Beschaffung eines Kastennummerners 1210 000 Mk. zur Verfügung gestellt worden.

Zur Beachtung für ehemalige Kriegsgefangene. Das Reichsfinanzministerium, Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene, Berlin, weist darauf hin, daß Anträge solcher Heimkehrer...

Unerwartete Festsetzung undhebung der Beiträge zur Stadtwasserkunst. Am besten Haushaltsplan bei den dauernd steigenden Ausgaben im Laufe des Rechnungsjahres automatisch ausgleichen zu können...

Schöffengericht.

Etwa 16000 Mark unterschlagen hat der Kontorhote W. der Firma E. Söhne. Er sollte von diesem Gelde teils Steuern und Rechnungen bezahlen...

Das Gemeindefind.

Erzählung von Marie von Ebner-Eschenbach.

18. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.) So schick mir etwas, schick! ... Aber — das Maul halt halt ... verkehrt du? ... Er unterdrückte sich, um ängstlich auf Schritte und Stimmen...

„Von untreu ist's kein Gered,“ erwiderte das Weib mit innerster Ueberzeugung, „die tut's.“ „Tut's nicht.“ „Laß nur drauf antommen.“ „Ich schon. Meinelwegen braucht sich der Kader nicht zu schämen.“

mit kaltem Ohn hörte: „halt dich weit von der Straße, daß dich der Nachtwächter nicht sieht. Die Magd weiß, daß du kommst und wird dir aufmachen.“





